

Ost-Pflegerinnen laufen nicht davon

Nach Ende der Pflegeamnestie klagen Vermittlungsagenturen über Behördenwege

Günther Oswald

Wien – Auch nach dem Auslaufen der Pflegeamnestie bleiben die osteuropäischen Pflegerinnen nicht aus, zeigt ein STANDARD-Rundruf unter Agenturen, die Pflegekräfte vermitteln. Geklagt wird, dass das Anmelden bei den Behörden kompliziert sei. Derzeit sind erst rund 400 Personen angemeldet – der Großteil davon als selbstständige Pfleger.

Harald Drescher vom Verein „St. Elisabeth“ vermittelt rund 1000 slowakische und tschechische Pflegerinnen. Dass sie jetzt nicht mehr schwarz arbeiten können, sei für diese kein Problem, sagt Drescher. Schließlich seien sie jetzt sozialversichert. Aber: Das Ausfüllen der Formulare sei mühsam. Es dauere oft Wochen, bis die Pflegerinnen ein Leumundszeugnis bekommen. Laut Drescher haben auch die betroffenen Familien in der Regel nichts gegen die neuen Gesetze.

Nicht ganz so sieht man das beim Verein „Pflegerische Hände“. Die Pflegerinnen blieben zwar alle erhalten, „ein kleiner Prozentsatz der Familien springt aber ab, weil die Kos-

ten jetzt höher sind“, heißt es. Bei diesem Verein kostet die 24-Stunde-Pflege für einen Monat nun 2200 Euro statt 1700. Der Grund dafür: Steuerberater- und Anwaltskosten.

Bei der Agentur „Senior Service“ heißt es, „viele Familien warten im Jänner erstmal ab, ob die Behörden restriktiv vor-

gehen“. Die legale Pflege ist hier nur um 50 Euro teurer als die bisherige illegale.

Bei „Senioren-Krankenpflege“ werden die slowakischen Pflegerinnen ebenfalls legalisiert. Einige Pflegekräfte wollen jetzt aber nicht mehr in Österreich arbeiten, hieß es bei dieser Organisation.

Beim Hilfswerk hat man einen Erklärungsversuch dafür: Weiter illegal arbeiten wollten nur jene, die in der Heimat Arbeitslosengeld beziehen. Bei Hilfswerk und Caritas gibt es zwar erhöhten Informationsbedarf. Familien, deren Pfleger ausbleiben, haben sich bisher aber nicht gemeldet.

STANDARD

3. 1. 2008